



HESSISCHER LANDTAG

13. 10. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sprachinitiative für Flüchtlinge

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Basiskompetenz darstellt, ohne die weitere Integrationsschritte nicht zum Erfolg führen können.
2. Der Landtag richtet einen dringenden Appell an die Landesregierung, eine umfassende Sprachinitiative für Flüchtlinge als vordringliche Aufgabe zu betrachten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, 10 Prozent der Bundesmittel für eine umfassende Sprachinitiative im Haushaltsplan vorzusehen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Sprachkurse für alle Flüchtlinge mit hoher Bleiberechtperspektive umgehend und unabhängig vom Stadium ihres Asylverfahrens zu organisieren.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Programm InteA auch für Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr zu öffnen.
6. Der Landtag hält es für erforderlich, sowohl Schulen als auch Volkshochschulen mit ausreichenden Lehrkräften auszustatten.
7. Der Landtag hält es für sinnvoll, dass berufliche Schulen, die Deutsch als Zweitsprache anbieten wollen, ohne Weiteres und insbesondere ohne Kostenbelastung eine Zertifizierung durch das BAMF erhalten, damit für Schülerinnen und Schüler dort Unterricht als gleichwertig zum Integrationskurs für die Anerkennung abgeleistet werden kann.
8. Der Landtag hält es in diesem Zusammenhang für erforderlich, potenzielle Sprachlehrer für Deutsch als Zweitsprache in Schnellkursen so weiterzubilden, dass alle benötigten Sprachniveaus - vom Alphabetisierungskurs bis hin zum Kurs für Fortgeschrittene - angeboten werden können.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Flüchtlingen den zügigen Übergang auf den Arbeitsmarkt in der Weise zu erleichtern, dass Arbeitgeber ein unterstützendes Angebot für die Nachsteuerung beim Spracherwerb erhalten.

Begründung:

In Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der Flüchtlinge, die dauerhaft in Hessen bleiben werden, weiterhin stetig zunimmt, ohne dass ein Rückgang der Zahlen absehbar ist, wird eine zügige und strukturierte Integration dieser Menschen zum Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Basiskompetenz Sprache ist dabei der Dreh- und Angelpunkt dafür, dass weitere Integrationsschritte überhaupt ermöglicht werden.

Die Zeitspanne, die das Asylverfahren in Anspruch nimmt, muss daher bereits für den Spracherwerb genutzt werden, damit sich auch die Zeitspanne bis zum Eintritt in den Arbeitsmarkt verkürzt.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine umfassende Sprachinitiative dringend geboten.

Dem Beispiel der bayerischen Landesregierung folgend, die 1.700 neue Lehrerstellen für Deutsch als Zweitsprache geschaffen hat, ist auch die hessische Landesregierung aufgefordert, die Zahl der Lehrerstellen um ein Vielfaches zu erhöhen.

Die Aus- und Weiterbildung potenzieller Sprachlehrer muss im Schnellverfahren erfolgen, wobei die üblichen Anforderungen an Qualifizierungsmaßnahmen entsprechend zu vereinfachen sind. Sprachlehrer, die beispielsweise in Alphabetisierungskursen eingesetzt werden sollen, können auf einem niedrigen Qualifizierungsniveau in kürzester Zeit ausgebildet werden.

Die Sprachinitiative sollte daher direkt nach Ankunft der Flüchtlinge beginnen und bis in den Arbeitsmarkt hineinreichen, indem auch Betriebe, die Flüchtlinge trotz sprachlicher Defizite einstellen, mit finanziellen oder personellen Angeboten seitens des Landes unterstützt werden.

Darüber hinaus muss das Programm Integration und Abschluss (InteA), das mit der Vollendung des 18. Lebensjahres für Flüchtlinge endet, unbedingt auch ältere Jugendliche bis zum 25. Lebensjahr, die durch Krieg und Flucht Zeit verloren haben, einbeziehen.

Der Landtag ist der Überzeugung, dass sich hohe Investitionen in den Spracherwerb heute sehr schnell und vor allem langfristig nicht nur amortisieren, sondern grundsätzlich lohnen.

Die für eine Sprachinitiative erforderlichen Haushaltsmittel sind daher im Haushalt 2016 angemessen zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 12. Oktober 2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rock